

Erfolgreiche Konsolidierung des amerikanischen Staatshaushalts — ein Beispiel für Europa?	227
Expansion der Gewinn- und Vermögenseinkommen stützt Konsumnachfrage	234
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 12/99

Berlin

25. März 1999

66. Jahrgang

Erfolgreiche Konsolidierung des amerikanischen Staatshaushalts — ein Beispiel für Europa?

Die Gebietskörperschaften in den USA wiesen 1998 zum ersten Mal seit den späten siebziger Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt auf. Damit waren die Konsolidierungsbemühungen der amerikanischen Finanzpolitik, die im wesentlichen auf den Bundeshaushalt zugeschnitten waren, in den neunziger Jahren überaus erfolgreich.

Die Finanzpolitik hat allerdings in den USA über viele Jahre hinweg erhebliche Defizite akzeptiert, und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gelang erst im Zuge des langen und robusten Konjunkturaufschwungs. Die finanzpolitische Konsolidierungsstrategie unterscheidet sich somit fundamental von der in den meisten Ländern Europas, die in den achtziger und neunziger Jahren tendenziell prozyklisch wirkte und damit die Entfaltung eines nachhaltigen Aufschwungs behinderte.

Die US-amerikanische Finanzpolitik wird vielfach als Vorbild gesehen, weil der Anteil des Staates an den gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten deutlich geringer ist als beispielsweise in Deutschland. So beträgt die Quote aller staatlichen Ausgaben (in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts) derzeit in Deutschland knapp 50 %, in den USA dagegen — unter Einrechnung der öffentlichen Bruttoinvestitionen — nur rund 33 %. Ein direkter internationaler Vergleich der gesamtstaatlichen Tätigkeit ist allerdings mit großen Problemen behaftet. So resultiert die höhere Quote in Deutschland nicht in erster Linie aus einer stärkeren Inanspruchnahme volkswirtschaftlicher Ressourcen, sondern ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die sozialen Systeme anders organisiert sind.¹ Während beispielsweise das Gesundheitswesen in den USA im Kern im privaten Unternehmenssektor angesiedelt ist, ist die gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland Bestandteil des öffentlichen Sektors. Ähnliches gilt für die Rentenversicherung.

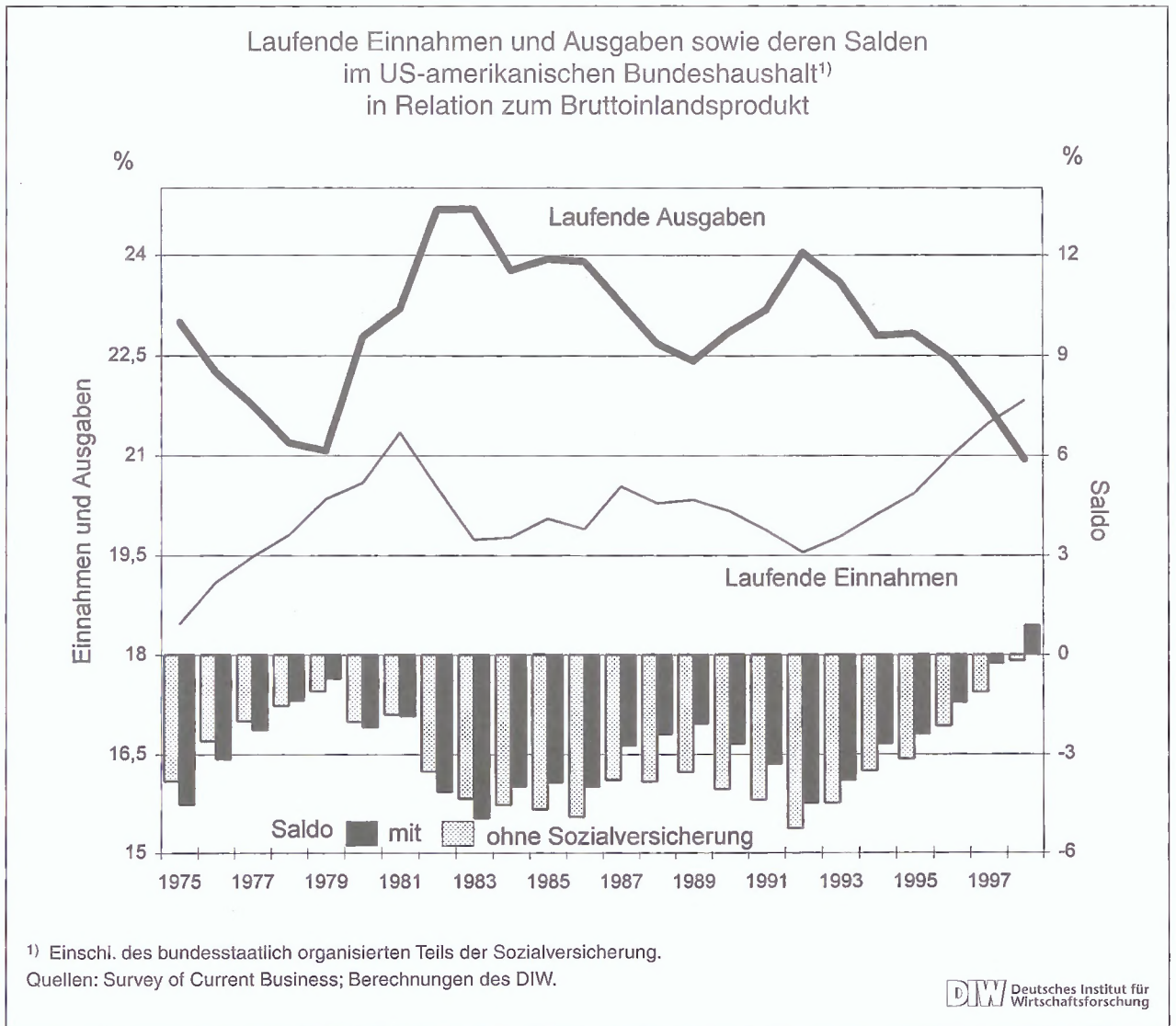
Ziel dieses Berichts ist die Analyse der Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben des öffentlichen Sektors und deren Saldo in den USA und weniger ein internationaler Vergleich. Deshalb basieren die hier untersuchten Zusammenhänge — soweit nicht anders angegeben — weitgehend auf den im „Survey of Current Business“ veröffentlichten Daten, insbesondere für den Bundeshaushalt. Die Einnahmen-, Ausgaben- und Defizitquoten sind daher nur bedingt mit denen in Deutschland vergleichbar.

Finanzpolitische Konsolidierungsstrategien in den USA

Als Mitte der achtziger Jahre der Haushalt der amerikanischen Bundesregierung vor allem wegen der erhebli-

¹ Vgl. dazu Dieter Vesper: Zur Struktur des öffentlichen Sektors in den Vereinigten Staaten und Deutschland — einige quantitative Aspekte. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/1994.

Abbildung 1



chen Steigerung der Verteidigungsausgaben wachsende Fehlbeträge aufwies und hohe Belastungen durch künftige Zinszahlungen drohten, gewann das Ziel eines ausgeglichenen öffentlichen Budgets auf der wirtschaftspolitischen Agenda rasch an Priorität. Der Finanzpolitik wurden Regelbindungen auferlegt, die die Glaubwürdigkeit der Konsolidierungsbemühungen unterstreichen sollten. Auf Basis des Gramm-Rudman-Hollings-Gesetzes sollte der Bundeshaushalt mittels einer gesetzlichen Festlegung von Vorgaben für das Defizit innerhalb von sechs Jahren (1985 bis 1991) ausgeglichen werden. Die Vorgaben richteten sich ausschließlich auf das laufende Defizit des Bundeshaushalts; die öffentlichen Investitionen und andere vermögenswirksame Transaktionen blieben also ausgeklammert. Die Vorgaben waren Zielgrößen für die absolute Höhe des Fehlbetrags. Wenn diese Grenzen in den Bud-

getprojektionen um mehr als 10 Mrd. Dollar überschritten wurden, sollte es automatisch zu entsprechenden allgemeinen Ausgabenkürzungen (sequester) kommen.²

Durch dieses Gesetz sollte Druck ausgeübt werden, die Ausgabensteigerungen zu begrenzen. Denn die Regierung mußte ausgabenwirksame Maßnahmen vor dem Hintergrund der Defizitprojektionen rechtfertigen. Trotz reduzierter Fehlbeträge im Bundeshaushalt wurde letztlich jedoch das Ziel, das Budget des Bundes auszugleichen, verfehlt.

Ein grundsätzlicher Mangel dieses Gesetzes bestand in der unzureichenden Berücksichtigung der konjunkturu-

² Eine ausführliche Beschreibung findet sich in OECD (1988), Economic Survey USA 1988/89.

Entwicklung des laufenden Defizits in den neunziger Jahren

rellen Situation. Die Konjunktur spielte nur insofern eine Rolle, als der Budgetplanung eine Wachstumsprognose zugrundelag. Mithin konnte mit der Unterstellung einer günstigeren konjunkturellen Entwicklung auch eine günstigere Budgetprognose erstellt werden. Auf diese Weise war es möglich, Ausgabenkürzungen zu Beginn des Haushaltsjahres zu umgehen. Tatsächlich waren die Prognosen zur Entwicklung des Budgetdefizits in der Regel viel zu optimistisch.³ Das Gesetz enthielt auch keine Vorkehrungen für den Fall einer nachlassenden Konjunktur. Im Falle einer zyklischen Abflachung der Konjunktur hätte der Zwang zur Rückführung der Ausgaben und somit zu einer prozyklischen Budgetgestaltung bestanden. Dieses Konzept ist jedoch nicht mit letzter Konsequenz verfolgt worden. Mit der Konjunkturabschwächung, die gegen Ende der achtziger Jahre einsetzte, stieg folglich der Fehlbetrag im Bundeshaushalt wieder.

Im Herbst 1990 wurde mit dem „Omnibus Budget Reconciliation Act“ eine neue Strategie für den Budgetausgleich eingeschlagen. Das Augenmerk lag nun auf einer strikten Kontrolle der Ausgaben, ohne daß ein konkretes Defizitziel gesetzt wurde.⁴ Dieses Gesetz unterscheidet zwischen diskretionären Ausgaben, die der Höhe nach jährlich neu geplant werden, wie die Verteidigungsausgaben, und gesetzlich festgelegten (mandatory), wie für das Medicare Programm zur Unterstützung der Krankenversicherung älterer Menschen.

Durch dieses neue Gesetz wird eine Obergrenze lediglich für die realen diskretionären Ausgaben vorgegeben, differenziert nach verschiedenen Kategorien. Werden die Obergrenzen überschritten, ohne daß die Finanzierung z. B. durch Steuererhöhungen oder Kürzungen an anderer Stelle des Haushalts gewährleistet ist, müssen die Ausgaben automatisch niedriger angesetzt bzw. gekürzt werden, und zwar in jenen Ausgabenkategorien, in denen die Grenzen nicht eingehalten wurden. Für Ausgaben, die gesetzlich festgelegt sind, gibt es bei diesem Gesetz allerdings keine Beschränkungen. Erst wenn Gesetzesänderungen vorgenommen werden, gelten die gleichen Regeln wie für diskretionäre Ausgaben. Jede derartige Ausgabensteigerung muß finanziert sein, darf also das Defizit nicht erhöhen.

Dieses neue Konzept unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkt vom vorangegangenen Gesetz. In einer konjunkturellen Schwächephase darf das öffentliche Haushaltsdefizit durchaus größer werden, soweit es aus der Wirkung der automatischen Stabilisatoren resultiert. In einer Hochkonjunkturphase muß das Defizit schrumpfen, da die günstige Einnahmesituation nicht zu zusätzlichen Ausgaben, sondern allein zur Konsolidierung genutzt werden darf. Mithin impliziert diese Strategie ein im Konjunkturverlauf atmendes Defizit, das durch seine antizyklische Ausrichtung zudem auf Stabilisierung angelegt ist.

Im Verlauf der guten konjunkturellen Entwicklung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre konnte die amerikanische Finanzpolitik auf dem Weg des Haushaltsausgleichs zunächst zügig voranschreiten. Die Quote der laufenden Ausgaben des Bundes ging deutlich zurück, während sich wegen der Steuerentlastungen die Einnahmenquote trotz relativ hohen Wachstums kaum änderte. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt reduzierte sich der Fehlbetrag im Bundeshaushalt unter Einschluß der Sozialversicherung auf 2,1 % im Jahr 1989. Dieser Rückgang war allerdings merklich geringer als im Gesetz vorgeschrieben.

Im Zuge der konjunkturellen Abkühlung gegen Ende der achtziger Jahre nahmen die Fehlbeträge dann von 1990 an wieder deutlich zu (Tabelle). Im Jahr 1992 betrug das laufende Defizit im Bundeshaushalt gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt mehr als 5 % und war damit sogar höher als zehn Jahre zuvor während der vorangegangenen Rezession.

Die finanzpolitische Weichenstellung im Herbst 1990 bestimmte seither das Ausgabenverhalten der amerikanischen Bundesregierung. Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes fand im Zuge einer äußerst robusten Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion statt (jährlich über 3%). Im Jahr 1998 ergab sich allerdings nur noch ein geringfügiges Defizit. Bei der zu erwartenden, allenfalls leichten Abschwächung der Konjunktur ist 1999 für den Bund ein Haushaltsüberschuß zu erwarten. Damit wird das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wesentlich früher als von der amerikanischen Regierung geplant erreicht. Dies zeigt, daß die gesetzlich fixierten Restriktionen wirksam waren.

Als Folge dieses Gesetzes wurden primär die realen diskretionären Ausgaben im Laufe der neunziger Jahre nur schwach ausgeweitet (Tabelle). Die gesetzlich zwingenden Ausgaben nahmen dagegen stärker zu. So sind beispielsweise die Transferzahlungen im Rahmen des Medicare Programms aufgrund der alternden Bevölkerung und der steigenden Gesundheitskosten noch kräftig gestiegen. Insgesamt ging die Ausgabenquote am Bruttoinlandsprodukt freilich deutlich zurück. Bemerkenswert ist, daß dieser Beitrag zur Konsolidierung eben nicht durch eine Rückführung der Transferzahlungen, z. B. durch Kürzung von gesetzlichen Ansprüchen, erreicht wurde, sondern durch eine Begrenzung der konsumtiven Ausgaben.

Auch die Entwicklung der Einnahmen begünstigte den Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts erheblich. Seit dem Ende der Rezession ist die Einnahmenquo-

³ Siehe den Vergleich zwischen Prognosen und ex post Zahlen in OECD (1991), Economic Survey USA 1990/91.

⁴ Siehe OECD (1991), a.a.O.

Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts¹⁾ in den USA

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	in Mrd. US-\$									
Indirekte Steuern	50,6	52,6	63,0	64,2	68,7	80,4	77,9	75,1	79,1	81,8
Direkte Steuern	579,2	602,3	585,2	608,0	659,3	717,1	783,2	877,4	976,4	1054,9
Sozialbeiträge	437,1	461,1	482,6	507,1	527,3	557,1	582,4	610,2	647,0	681,4
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	26,7	28,3	26,6	22,0	21,8	22,7	25,1	24,0	22,4	22,1
Sonstige Einnahmen	12,4	13,8	18,4	19,1	19,9	20,1	16,8	22,0	17,3	17,1
Summe der Einnahmen	1106,0	1158,1	1175,8	1220,4	1297,0	1397,4	1485,4	1608,7	1742,2	1857,5
Staatsverbrauch	405,2	426,6	445,9	451,0	447,3	443,2	442,8	450,9	460,4	457,9
Sozialausgaben, öffentliche Pensionen u. a.	460,3	500,0	550,1	608,5	642,6	666,6	708,9	748,0	779,2	802,2
Transfers an das Ausland (netto)	11,4	13,3	-27,9	16,6	17,3	16,4	11,4	16,2	12,7	10,0
Zinszahlungen	193,4	208,2	219,3	217,9	214,5	222,7	249,9	252,4	253,6	249,8
Subventionen	30,8	32,4	30,8	35,1	40,1	35,9	34,8	32,7	32,5	33,6
Zuschüsse des Bundes an Staaten und Gemeinden	118,2	132,4	153,4	172,2	185,8	199,2	212,0	218,9	225,0	229,0
Summe der Ausgaben	1219,3	1312,9	1371,6	1501,3	1547,6	1584,0	1659,8	1719,1	1763,4	1782,5
Saldo der laufenden Einnahmen und Ausgaben Bundeshaushalt	-113,3	-154,8	-195,8	-280,9	-250,6	-186,6	-174,4	-110,4	-21,2	75,0
Sozialversicherung	80,9	80,1	65,0	48,4	44,6	59,2	54,7	54,6	70,3	90,5
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
Indirekte Steuern	-1,0	4,0	19,8	1,9	7,0	17,0	-3,1	-3,6	5,3	3,5
Direkte Steuern	10,5	4,0	-2,8	3,9	8,4	8,8	9,2	12,0	11,3	8,0
Sozialbeiträge	6,4	5,5	4,7	5,1	4,0	5,7	4,5	4,8	6,0	5,3
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-0,7	6,0	-6,0	-17,3	-0,9	4,1	10,6	-4,4	-6,7	-1,2
Sonstige Einnahmen	12,7	11,3	33,3	3,8	4,2	1,0	-16,4	31,0	-21,4	-1,0
Summe der Einnahmen	8,0	4,7	1,5	3,8	6,3	7,7	6,3	8,3	8,3	6,6
Staatsverbrauch	4,5	5,3	4,5	1,1	-0,8	-0,9	-0,1	1,8	2,1	-0,6
Sozialausgaben, öffentliche Pensionen u. a.	8,1	8,6	10,0	10,6	5,6	3,7	6,3	5,5	4,2	2,9
Transfers an das Ausland (netto)	0,0	16,7	-	-	4,2	-5,2	-30,5	42,1	-21,6	-21,0
Zinszahlungen	10,3	7,7	5,3	-0,6	-1,6	3,8	12,2	1,0	0,5	-1,5
Subventionen	-8,9	5,2	-4,9	14,0	14,2	-10,5	-3,1	-6,0	-0,6	3,5
Zuschüsse des Bundes an Staaten und Gemeinden	6,3	12,0	15,9	12,3	7,9	7,2	6,4	3,3	2,8	1,8
Summe der Ausgaben	6,5	7,7	4,5	9,5	3,1	2,4	4,8	3,6	2,6	1,1
Nachrichtlich: Reale Konsumausgaben des Staates	2,7	2,3	1,0	-0,1	-0,3	0,4	-0,3	0,7	1,3	0,7
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts									
Indirekte Steuern	0,9	0,9	1,1	1,0	1,0	1,2	1,1	1,0	1,0	1,0
Direkte Steuern	10,6	10,5	9,9	9,7	10,1	10,3	10,8	11,5	12,0	12,4
Sozialbeiträge	8,0	8,0	8,2	8,1	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Einnahmen	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2
Summe der Einnahmen	20,3	20,2	19,9	19,5	19,8	20,1	20,4	21,0	21,5	21,8
Staatsverbrauch	7,5	7,4	7,5	7,2	6,8	6,4	6,1	5,9	5,7	5,4
Sozialausgaben, öffentliche Pensionen u. a.	8,5	8,7	9,3	9,7	9,8	9,6	9,8	9,8	9,6	9,4
Transfers an das Ausland (netto)	0,2	0,2	-0,5	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Zinszahlungen	3,6	3,6	3,7	3,5	3,3	3,2	3,4	3,3	3,1	2,9
Subventionen	0,6	0,6	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Zuschüsse des Bundes an Staaten und Gemeinden	2,2	2,3	2,6	2,8	2,8	2,9	2,9	2,9	2,8	2,7
Summe der Ausgaben	22,4	22,9	23,2	24,0	23,6	22,8	22,8	22,4	21,7	20,9
Saldo der laufenden Einnahmen und Ausgaben Bundeshaushalt	-2,1	-2,7	-3,3	-4,5	-3,8	-2,7	-2,4	-1,4	-0,3	0,9
Sozialversicherung	1,5	1,4	1,1	0,8	0,7	0,9	0,8	0,7	0,9	1,1
Nachrichtlich: Finanzierungssaldo Staat insgesamt in der Abgrenzung der VGR	-1,7	-2,7	-3,3	-4,4	-3,6	-2,3	-1,4	-0,4	0,4	1,6

¹⁾ Einschl. des bundesstaatlich organisierten Teils der Sozialversicherung.

Quellen: Survey of Current Business http://www.bea.doc.gov/bea/uguide.htm#_1_16; OECD Economic Outlook; Berechnungen des DIW.

te des Bundes deutlich gestiegen. Dies ist zum einen auf Steuererhöhungen im Jahr 1993 zurückzuführen, die nicht zuletzt die Progressionswirkung der Einkommensteuer verstärkten. Entscheidend war jedoch, daß im Zuge des langanhaltenden und dynamischen Konjunkturaufschwungs die Steuerbasis kräftig wuchs. Dies führte zu erheblich steigenden Einnahmen bei den direkten Steuern.

Konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik in den USA ...

Der Erfolg der amerikanischen Konsolidierungsbemühungen beruhte zu einem wesentlichen Teil auf der ausgeprägten konjunkturellen Dynamik. Jedoch auch das Ausgaben- und Einnahmenverhalten des öffentlichen Sektors hatte die konjunkturelle Entwicklung der Volkswirtschaft spürbar beeinflußt.

Bei der Wirkung öffentlicher Defizite auf die wirtschaftliche Entwicklung darf nicht übersehen werden, daß Schocks gleich welchen Ursprungs die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur kurzfristig beeinflussen, sondern daß ihre Wirkungen längerfristig anhalten.⁵ Wenn der Finanzpolitik durch positive Nachfrageimpulse eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gelingt und sie damit negativen Schocks entgegentritt, ergibt sich ein höherer Wachstumstrend. Umgekehrt kann eine prozyklische Finanzpolitik zu einer dauerhaften Abschwächung des Wachstums und damit zu einer sich verhärtenden Arbeitslosigkeit führen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Konsolidierungsbemühungen in eine gerade einsetzende Erholungsphase fallen.

Um die konjunkturelle Wirkung der amerikanischen Finanzpolitik zu untersuchen, wurden positive oder negative Nachfrageimpulse dem Konjunkturverlauf — dargestellt durch die Schwankungen des Auslastungsgrades — gegenübergestellt.⁶ Zur Berechnung der Nachfrageimpulse werden dabei die im Vorjahr realisierten Einnahmen und Ausgaben von den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung mit der Wachstumsrate des Produktionspotentials fortgeschrieben. Diese Werte repräsentieren gleichsam die konjunkturneutrale Referenzlinie. Positive Nachfrageimpulse ergeben sich dann, wenn die tatsächlichen Einnahmen geringer beziehungsweise die Ausgaben größer sind als die mit dem Produktionspotential fortgeschriebenen. Der Saldo der Übertragungen mit dem Ausland sowie Zinszahlungen werden nicht berücksichtigt. Nachfragerrelevant sind im Rahmen dieses Konzeptes nicht nur diskretionäre Änderungen im Staatshaushalt, sondern auch konjunkturbedingte Schwankungen der automatischen Stabilisatoren.⁷

Wie die linke obere Grafik in Abbildung 2 zeigt, haben in den USA Nachfrageimpulse des Staates und Auslastungsgrad ein gegensätzliches zeitliches Muster. War

das Produktionspotential unterausgelastet, dann standen dem positive Nachfrageimpulse des Staates gegenüber. Erholte sich die Konjunktur, so wurden die positiven Impulse schwächer oder kehrten sich sogar in negative um. In den letzten Jahren hat sich bei der amerikanischen Finanzpolitik gezeigt, daß sie auf eine veränderte konjunkturelle Situation adäquat ausgerichtet war. Im Jahr 1989 führte bereits eine leichte konjunkturelle Abschwächung zu expansiven Nachfrageimpulsen, nachdem die Finanzpolitik zuvor tendenziell eher dämpfend gewirkt hatte. Dieser Umstieg von Restriktions- zu Expansionswirkung war im wesentlichen Folge der automatischen Stabilisatoren im Bereich der Ausgaben, die gesetzlich festgelegt sind. Diskretionäre Konjunkturprogramme wurden hingegen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben nicht beschlossen. Durch die verbindliche Begrenzung des Ausgabenverhaltens konnte die günstige Entwicklung der Einnahmen dann im Aufschwung zum Abbau der laufenden Defizite genutzt werden. Gleichzeitig wirkte dies einer Überhitzung der Konjunktur entgegen.

Die Finanzpolitik in den USA war alles in allem antizyklisch und übte im gesamten untersuchten Zeitraum eine stabilisierende Wirkung auf die konjunkturelle Entwicklung aus. Der negative Zusammenhang zeigt sich auch in einer einfachen Korrelation zwischen Nachfrageimpuls und Auslastungsgrad (Abbildung 2). In diesem Ergebnis spiegelt sich zum einen die Strategie, in Rezessionsphasen Haushaltsdefizite zuzulassen, wenn nötig sogar unter Gesetzesänderungen. Zum zweiten zeigen es auch die fortlaufenden Restriktionswirkungen der amerikanischen Finanzpolitik in konjunkturellen Hochphasen, als die Konsolidierung wieder an Priorität gewann. Dabei wurden deren Bremswirkungen nie so stark, daß sie den Aufschwung gefährdeten. Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist aber, daß andere Politikbereiche, namentlich die Geldpolitik, die Expansion konsequent unterstützen.

... und in Deutschland

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland unterscheidet sich fundamental von der in den USA. Hier wurde Ende

⁵ Siehe hierzu John Y. Campbell und N. Gregory Mankiw: International Evidence on the Persistence of Economic Fluctuations. In: *Journal of Monetary Economics*, March 1988, 23(2), pp 319–333.

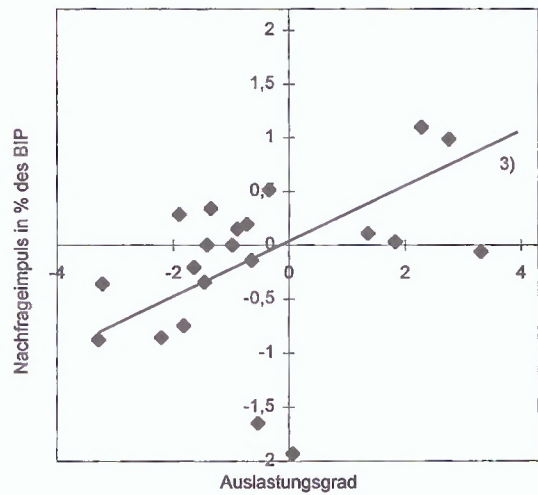
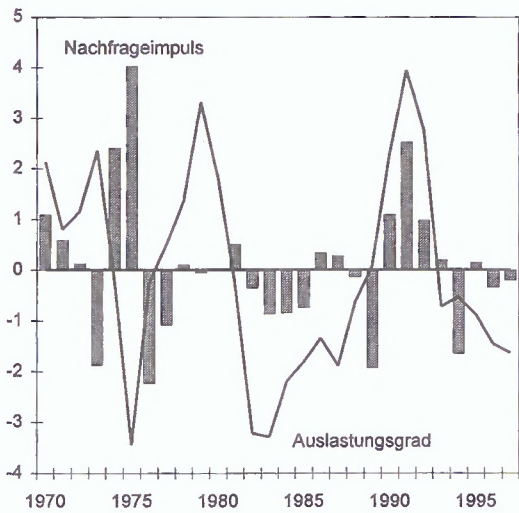
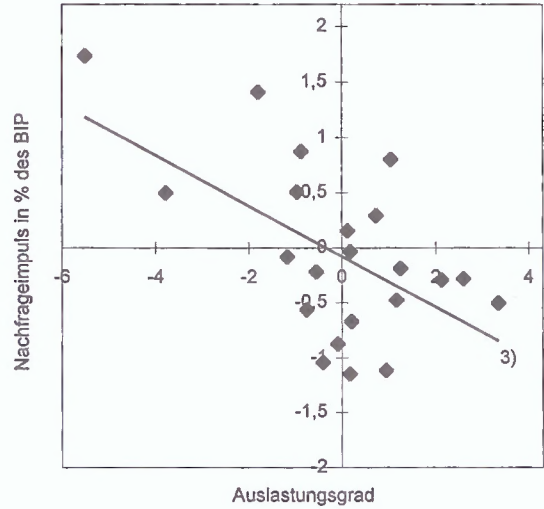
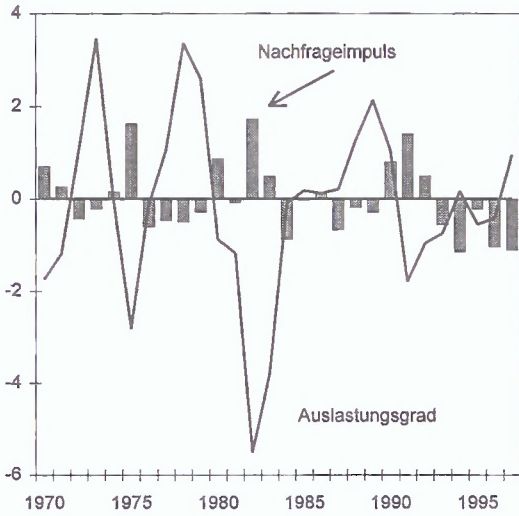
⁶ Grundlage dieser Berechnung für die USA sind Daten der OECD. Um eine internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde in diesem Fall eine Abgrenzung gewählt, die der in Deutschland gleicht.

⁷ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In *Wochenbericht des DIW*, Nr. 1-2/98 sowie Konjunkturelle Effekte der Finanzpolitik 1974 bis 1981. Bearb.: Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 19/82. Dieter Vesper und Rudolf Zwiener: Finanzpolitik und konjunkturelle Entwicklung — Einige Bemerkungen und Simulationsergebnisse zur Effizienz finanzpolitischer Konjunktursteuerung. In: *WSI-Mitteilungen*, Heft 10/1982.

Abbildung 2

Nachfrageimpulse¹⁾ des Staates und Auslastung²⁾ des Produktionspotentials in % des BIP von 1978 bis 1997

USA



¹⁾ Abweichung der inländischen Ausgaben und Einnahmen von der mit dem Produktionspotential fortgeschriebenen Neutralitätslinie in % des nominalen BIP. — ²⁾ Differenz zwischen aktuellem BIP und Produktionspotential in % des BIP (Output gap). — ³⁾ Die eingezeichneten Linien spiegeln den durchschnittlichen Zusammenhang zwischen den beiden Größen im Beobachtungszeitraum wider.

Quellen: OECD Economic Outlook Data Base; Berechnungen des DIW.

der siebziger Jahre ein Politikwechsel vollzogen (linke untere Grafik in Abbildung 2). War zuvor – wie in den USA – ein negativer Zusammenhang zwischen finanzpolitischen Impulsen und der Konjunktur zu beobachten, ist die Finanzpolitik in Deutschland seitdem eher prozyklisch angelegt. Die achtziger Jahre waren fast durchgängig vom Bestreben gekennzeichnet, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Dies gilt selbst für die Rezession 1982. Im Jahr 1990 führte dagegen die dritte Stufe der Steuerreform in der Aufschwungphase vor der deutschen Vereinigung zu einer Wachstumsbeschleunigung. Mit den umfangreichen Steuersenkungen nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Westdeutschland deutlich zu. Infolgedessen kam es bereits im Verlauf des Jahres 1990 zu einer spürbaren Expansion des privaten Verbrauchs, und die bereits boomende Wirtschaft wurde durch die Finanzpolitik zusätzlich angeregt. Die Ausweitung der Defizite im Zuge der deutschen Vereinigung verstärkte diesen Prozeß noch weiter.

Aufgrund der zunehmenden öffentlichen Verschuldung leitete die Regierung jedoch bald einen Konsolidierungskurs ein. War vor allem wegen der automatischen Stabilisatoren im Rezessionsjahr 1993 die Finanzpolitik noch leicht expansiv, sorgten 1994 Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zu kontraktiven Impulsen in einer Größenordnung von rund 55 Mrd. DM.⁸ Die gerade einsetzende wirtschaftliche Erholung wurde somit erheblich belastet. Die Konsolidierungsbemühungen, die sich mit dem Vertrag von Maastricht verschärften, behinderten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung über mehrere Jahre hinweg. Das Ziel einer nachhaltigen Entlastung der öffentlichen Haushalte ist damit allerdings nicht erreicht worden.

Lehren für Europa

Im Lichte der amerikanischen Erfahrungen erscheint der von den EWU-Ländern eingeschlagene Weg zur Konsolidierung der öffentlichen Budgets fragwürdig. Für den Erfolg der amerikanischen Konsolidierungsbemühungen war maßgeblich, daß das öffentliche Verschuldungspro-

blem an seiner wirklichen Ursache angegangen wurde, nämlich der Neigung von Regierungen, bei reichlich fließenden Steuereinnahmen zusätzliche Ausgabenprogramme zu beschließen. Im Vertrag von Maastricht und auch im Stabilitäts- und Wachstumspakt wird hingegen eine Obergrenze für das Budgetdefizit festgelegt. Zwar wird diese Verpflichtung für den Fall einer schweren Rezession ausgesetzt, aber erst, wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion in einem Jahr um mehr als 2 % zurückgeht. Jedoch ist diese Vorbedingung so restriktiv, daß in der Vergangenheit kaum je eine Überschreitung der Obergrenze zulässig gewesen wäre. In Deutschland hat es nach dem Zweiten Weltkrieg einen solchen Einbruch nie gegeben. Auf der anderen Seite finden sich, abgesehen von der allgemeinen Zielvorstellung eines auf Dauer ausgeglichenen Haushalts, weder im Vertrag von Maastricht noch im Stabilitätspakt von Dublin Aussagen zu Ausgabenbeschränkungen in Zeiten kräftiger Konjunktur-entwicklung. Damit folgen die europäischen Bemühungen um eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen eher einer Philosophie, die dem Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz entspricht und die in den USA als nicht adäquat erkannt und daher aufgegeben wurde. Erfolgversprechender wäre es, die Ausgabenneigung bei dynamischer Konjunktur zu dämpfen.

Die grundlegende Lektion, die aus den amerikanischen Erfahrungen zu ziehen ist, besteht darin, daß eine Haushaltskonsolidierung nur unter zwei Bedingungen erreicht werden kann. Notwendig ist zum einen ein robuster und nachhaltiger Aufschwung. Um diesen zu erreichen, müssen andere Bereiche der Wirtschaftspolitik, insbesondere die Geldpolitik, deutlich expansiv ausgerichtet werden. Zum zweiten sollten die Regierungen im Aufschwung in ihrer Ausgabenpolitik dann eher einen restriktiven Kurs einschlagen, d. h. auf eine deutliche Rückführung der Ausgabenquote am Bruttoinlandsprodukt zielen. Im Kern bedeutet dies, daß man sich aus einem Haushaltsdefizit letztlich nicht „heraussparen“ kann, sondern „herauswachsen“ muß.

⁸ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung, a.a.O.

Expansion der Gewinn- und Vermögenseinkommen stützt Konsumnachfrage

Der private Verbrauch in Deutschland im vierten Quartal 1998

Nach dem beschleunigten Anstieg der Ausgaben für Konsumgüter im dritten Jahresviertel 1998 (+1,5 % zum Vorquartal) gab es im letzten Quartal des vergangenen Jahres eine etwas schwächere Expansion (+1 %). Für das zweite Halbjahr resultierte daraus eine kräftige Ausweitung der Verbrauchsausgaben um 3 ½% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum; sie übertraf die vom ersten Halbjahr um einen Prozentpunkt. Für das Jahr 1998 insgesamt belief sich die Zunahme auf knapp 3%. Dies entsprach der Expansion der verfügbaren Haushaltseinkommen. Die Sparquote war mit 11 % ebenso hoch wie 1997.

Eine Differenzierung der verfügbaren Einkommen nach den Einnahmequellen macht deutlich, woraus die Verbrauchszunahme im vergangenen Jahr gespeist wurde (Abbildung 1). Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen waren — wie schon 1997 — die dynamischste Komponente: Sie trugen zu zwei Dritteln zu den gesamten Mehreinkommen in Höhe von 67 Mrd. DM bei. Das gewichtigste Einkommensaggregat — die Nettolöhne und -gehälter — hatte nach dem Rückgang 1997 zwar wie-

der einen Anstieg zu verzeichnen; er blieb aber mit knapp 13 Mrd. DM bescheiden, so daß das Niveau von 1996 noch nicht wieder erreicht wurde. Neben der schlechten Verfassung des Arbeitsmarktes — die Zahl der Arbeitnehmer ging erneut, wenn auch nur noch geringfügig, zurück — lag dies vor allem daran, daß die Tarifierhebungen mit 1,7 % (nach 1,4 % im Jahre 1997) abermals gedämpft ausfielen. Auch eine nennenswerte Rückführung der Abgabenlast hat es 1998 nicht gegeben.

Die ungleiche Entwicklung der einzelnen Einkommenskomponenten zeigt sich insbesondere in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres (Abbildung 2). Während die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen in den beiden letzten Quartalen 1998 saisonbereinigt um jeweils fast 3 % expandierten, entwickelten sich die Nettolöhne und -gehälter sehr verhalten; dem Anstieg um 0,5 % im dritten Quartal folgte ein leichter Rückgang im letzten Jahresviertel. Allein die Zunahme der Transfereinkommen

Abbildung 1

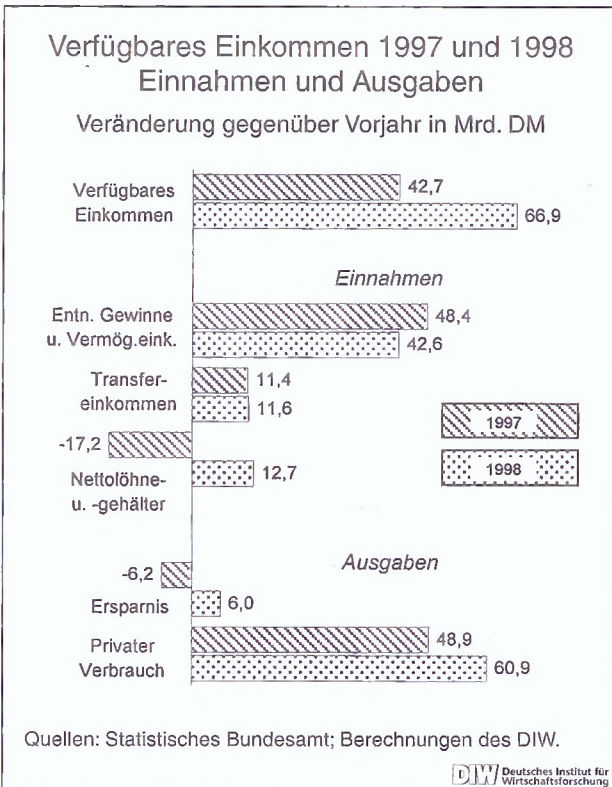
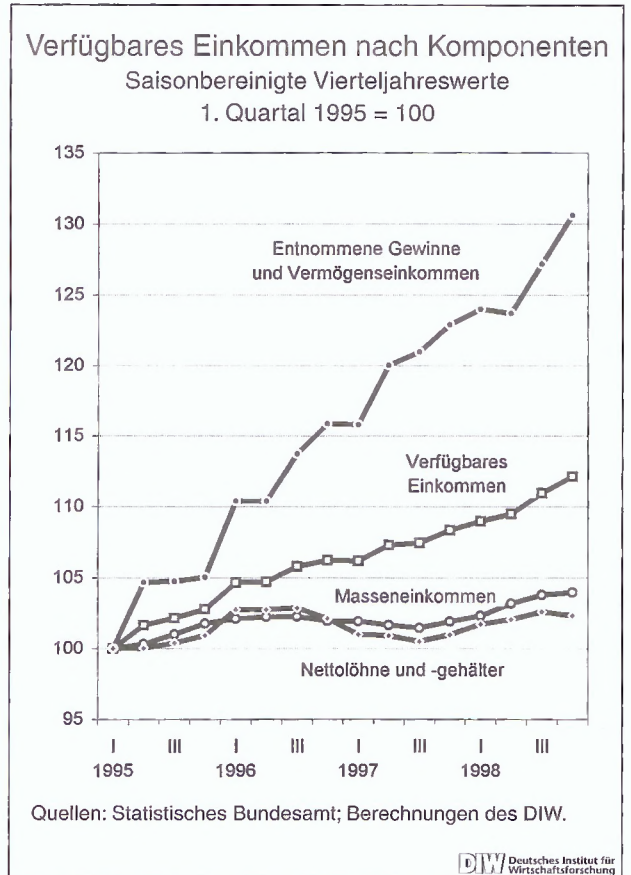


Abbildung 2



Der private Verbrauch in Deutschland 1998

Verwendungszwecke	Jahr	Ursprungswerte						Saisonbereinigte Werte ⁷⁾			
		1. Hj.	2. Hj.	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	382,83	183,23	199,60	87,75	95,48	96,65	102,95	94,4	95,8	95,6	97,0
Kleidung, Schuhe	135,86	62,74	73,12	29,79	32,95	33,38	39,74	33,9	34,2	34,2	33,7
Wohnungsmieten ²⁾	435,98	215,53	220,45	107,12	108,41	109,68	110,77	107,0	108,3	109,7	111,0
Haushaltsenergie ³⁾	73,09	39,29	33,80	23,14	16,15	13,12	20,68	18,2	18,2	18,4	18,3
Haushaltsführung	176,10	84,10	92,00	42,71	41,39	42,67	49,33	44,3	43,1	44,5	44,4
Gesundheits- u. Körperpflege	120,39	58,77	61,62	29,03	29,74	29,70	31,92	29,7	30,0	30,4	30,3
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	360,57	180,72	179,85	89,86	90,86	88,51	91,34	90,6	87,2	90,4	92,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	203,91	96,69	107,22	47,83	48,86	49,34	57,88	49,7	50,5	51,4	52,3
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	161,95	78,25	83,70	38,87	39,38	42,26	41,44	39,8	40,2	40,8	41,2
Privater Verbrauch ⁵⁾	2156,12	1046,34	1109,78	517,60	528,74	536,21	573,57	532,6	533,7	541,9	547,9
Veränderung in % gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	1,9	1,8	2,0	0,7	2,8	1,5	2,5	-0,3	1,5	-0,2	1,5
Kleidung, Schuhe	0,4	-0,2	0,9	-1,1	0,6	3,0	-0,9	0,0	0,6	0,0	-1,5
Wohnungsmieten ²⁾	4,9	5,0	4,8	5,2	4,9	4,9	4,8	1,0	1,2	1,3	1,2
Haushaltsenergie ³⁾	-2,5	-3,6	-1,2	-2,6	-4,9	-1,6	-1,0	-1,7	-0,2	1,0	-0,3
Haushaltsführung	3,2	2,7	3,6	6,0	-0,5	4,5	2,9	3,2	-2,5	3,2	-0,3
Gesundheits- u. Körperpflege	2,5	2,4	2,5	2,5	2,5	3,4	1,5	-0,5	0,9	1,4	-0,3
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	3,3	2,9	3,7	8,0	-1,7	2,5	4,8	2,0	-3,7	3,7	2,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,4	1,8	4,8	1,1	2,6	4,5	5,0	0,1	1,7	1,8	1,8
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	3,6	2,9	4,3	2,7	3,1	4,4	4,2	0,7	1,1	1,6	0,8
Privater Verbrauch ⁵⁾	2,9	2,4	3,4	3,0	1,8	3,3	3,4	0,6	0,2	1,5	1,1
Mrd. DM zu Preisen von 1991											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	340,19	162,58	177,61	78,33	84,25	85,78	91,83	84,2	85,1	84,8	86,0
Kleidung, Schuhe	124,24	57,47	66,77	27,33	30,14	30,56	36,21	31,1	31,3	31,2	30,7
Wohnungsmieten ²⁾	306,18	151,84	154,34	75,61	76,23	76,87	77,47	75,6	76,2	76,9	77,5
Haushaltsenergie ³⁾	72,51	38,70	33,81	22,79	15,91	13,05	20,76	17,9	17,8	18,2	18,6
Haushaltsführung	156,21	74,79	81,42	38,07	36,72	37,79	43,63	39,5	38,3	39,5	39,2
Gesundheits- u. Körperpflege	104,69	51,27	53,42	25,39	25,88	25,81	27,61	25,7	25,8	26,6	26,5
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	311,59	156,55	155,04	78,02	78,53	76,18	78,86	78,4	75,3	78,0	80,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	171,44	81,39	90,05	40,24	41,15	41,55	48,50	42,1	42,6	43,1	43,7
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	125,49	61,21	64,28	30,34	30,87	31,74	32,54	30,9	31,1	31,7	31,8
Privater Verbrauch ⁵⁾	1800,07	873,27	926,80	431,11	442,16	449,52	477,28	446,5	445,6	452,0	456,2
Veränderung in % gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	0,7	0,2	1,1	-0,8	1,2	0,4	1,9	-0,3	1,0	-0,3	1,4
Kleidung, Schuhe	0,0	-0,6	0,5	-1,4	0,2	2,7	-1,3	-0,1	0,5	-0,1	-1,7
Wohnungsmieten ²⁾	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,2	0,7	0,8	0,8	0,8
Haushaltsenergie ³⁾	-0,5	-2,4	1,8	-1,0	-4,5	0,5	2,7	-0,6	-0,7	2,1	2,0
Haushaltsführung	2,2	1,9	2,5	5,3	-1,4	3,4	1,8	3,0	-2,9	2,9	-0,6
Gesundheits- u. Körperpflege	1,7	-0,1	3,5	-0,1	-0,2	4,7	2,4	-0,7	0,7	3,1	-0,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	3,4	3,0	3,9	8,3	-1,8	2,7	5,1	2,5	-4,0	3,7	2,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	2,4	0,9	3,7	0,2	1,6	3,5	4,0	0,5	1,2	1,4	1,3
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	2,4	1,3	3,6	1,0	1,5	3,9	3,3	0,2	0,9	1,8	0,4
Privater Verbrauch ⁵⁾	1,9	1,2	2,6	1,9	0,5	2,5	2,7	0,6	-0,2	1,4	0,9
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in % gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	1,2	1,6	0,9	1,5	1,6	1,1	0,6	0,1	0,4	0,1	0,0
Kleidung, Schuhe	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,4	0,1	0,1	0,0	0,1
Wohnungsmieten ²⁾	1,8	1,9	1,6	2,0	1,7	1,7	1,5	0,3	0,4	0,5	0,3
Haushaltsenergie ³⁾	-2,0	-1,2	-3,0	-1,6	-0,4	-1,9	-3,5	-0,8	0,4	-1,3	-1,6
Haushaltsführung	1,0	0,8	1,1	0,7	1,0	1,1	1,1	0,3	0,4	0,3	0,3
Gesundheits- u. Körperpflege	0,8	2,7	-1,1	2,5	2,7	-1,2	-1,0	0,2	0,3	-1,7	0,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	-0,2	-0,1	-0,3	-0,3	0,2	-0,1	-0,3	-0,5	0,3	0,0	-0,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,0	0,9	1,0	0,9	1,0	1,1	1,1	-0,3	0,4	0,5	0,4
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	1,2	1,7	0,7	1,7	1,6	0,4	0,9	0,6	0,2	-0,3	0,4
Privater Verbrauch ⁵⁾	0,9	1,2	0,7	1,1	1,3	0,8	0,7	0,0	0,4	0,1	0,1

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — ²⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — ³⁾ Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — ⁴⁾ Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. — ⁵⁾ Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d.h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland. — ⁶⁾ Auf der Basis 1991=100. Preisentwicklung nach VGR. — ⁷⁾ Nach dem Berliner Verfahren (BV4). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

(Renten, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe u. a.) um knapp 1 % führte hier dazu, daß die Masseneinkommen — die Summe aus Nettolöhnen und -gehältern sowie Transfereinkommen — noch etwas stiegen.

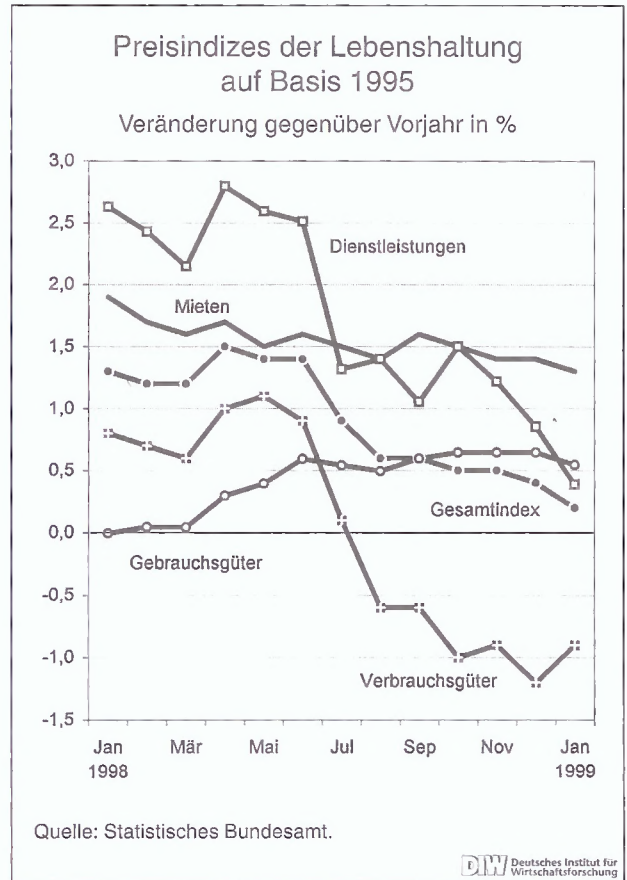
Der Preisaufrtrieb auf der Verbraucherstufe hat im Laufe des letzten Jahres immer mehr nachgelassen. Lag der Preisindex für die Lebenshaltung — auf der Basis von 1991 — im April noch um 1,4 % über dem Vorjahresniveau, so waren es im Dezember nur noch 0,5%; nach dem leichten Anstieg als Folge der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. April haben sich die Preise saisonbereinigt so gut wie nicht mehr erhöht.

Inzwischen ist die Verbrauchsstruktur, die der Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung zugrundeliegt, auf eine neue Basis gestellt worden, um den veränderten Verbrauchsgewohnheiten Rechnung zu tragen. Mit der neuen Basis 1995 wird die Bedeutung, die die einzelnen Waren und Dienstleistungen im Budget der privaten Haushalte haben, gegenwartsnäher abgebildet. So haben Nahrungs- und Genußmittel in dem neuen Warenkorb mit 17,3% ein deutlich geringeres Gewicht als zuvor (19%), und auch die Ausgaben für Verkehrszwecke gehen in das neue Wägungsschema mit einem wesentlich kleineren Anteil ein als noch 1991 (13,9% gegenüber 15,7%). Umgekehrt hat u. a. die Bedeutung von Mieten und Haushaltsenergie stark zugenommen, und zwar von 24% auf 27,5%.

Aus der Neuberechnung der Verbraucherpreisindizes auf der Basis 1995 resultieren nur geringfügige Veränderungen bei der Verteuerung der Lebenshaltung im Vergleich zu den bisher ausgewiesenen Ergebnissen. Für das vergangene Jahr betragen die Abweichungen bei den monatlichen Raten nicht mehr als 0,2 Prozentpunkte, wobei allerdings die revisionsbedingten Differenzen in der ersten Jahreshälfte durchweg positiv, in der zweiten dagegen negativ ausfallen. Die Verlangsamung des Preisaufrtriebs ist in erster Linie auf den starken Preisrückgang bei Verbrauchsgütern zurückzuführen, die zum Jahresende im Durchschnitt um gut 1 % billiger waren als ein Jahr zuvor (Abbildung 3). Ausschlaggebend dafür war der Preisverfall bei Mineralölprodukten; die Preise für Heizöl und Kraftstoffe unterschritten im letzten Jahresviertel 1998 das Vorjahresniveau um fast 10%. Bemerkenswert ist auch die deutliche Abflachung des Preisanstiegs bei Dienstleistungen. Lag deren Preisindex im Mai letzten Jahres noch um 2,8% über dem vom entsprechenden Vorjahresmonat, so war es im Dezember nicht einmal mehr 1%. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die kräftige Verbilligung von Dienstleistungen der Telekommunikation; die Preissenkungen liegen hier mittlerweile im zweistelligen Bereich.

Bei dieser Preisentwicklung war der Anstieg des Verbrauchs in realer Rechnung im Berichtszeitraum nicht viel schwächer als in nominaler. Für das Jahr 1998 insgesamt errechnet sich eine reale Zunahme um 1,9%.

Abbildung 3



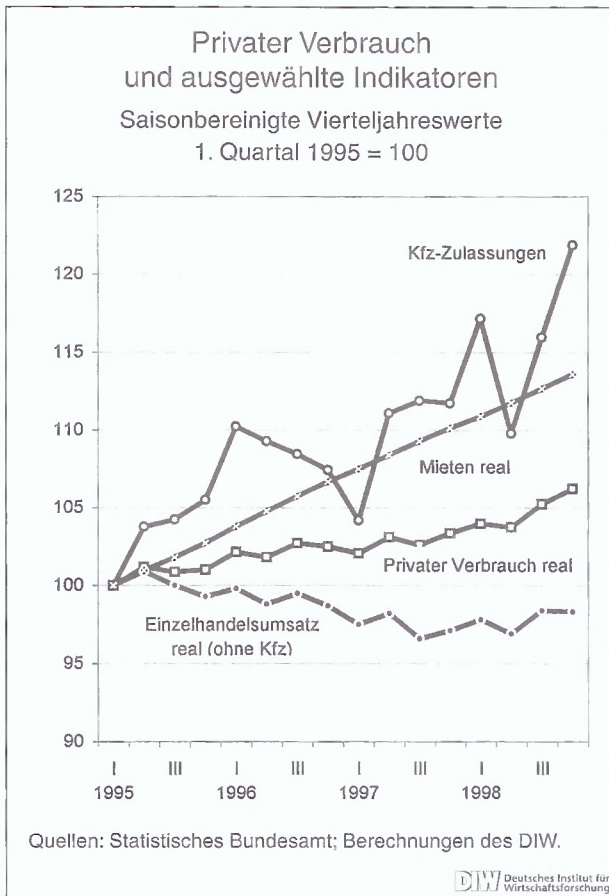
Der Einzelhandel — wichtigster Lieferbereich für die private Nachfrage — konnte mit der allgemeinen Konsumententwicklung erneut nicht Schritt halten. Trotz des bemerkenswert guten Pkw-Absatzes im vierten Quartal stieg sein realer Umsatz saisonbereinigt nur um 0,5%. In der engeren Abgrenzung, d. h. ohne Kraftfahrzeuge und Tankstellen, erreichte er lediglich das Umsatzniveau vom Vorquartal (Abbildung 4); im Jahresergebnis (preisbereinigt +0,5%) blieb er merklich hinter der Verbrauchszunahme zurück. Immerhin konnte der in den Jahren 1996 und 1997 zu beobachtende Abwärtstrend gestoppt werden.

Bedarfsbereiche¹

Die inländischen Konsumkäufe sind im letzten Quartal 1998 geringfügig schwächer gestiegen als der private Verbrauch. Überdurchschnittlich ausgeweitet wurden die Ausgaben für *Reisen ins Ausland*; gegenüber dem Vor-

¹ Die Ausgaben der privaten Haushalte in den einzelnen Bedarfsbereichen sind nach dem Inlandskonzept ausgewiesen. Dies bedeutet, daß hier — anders als beim privaten Verbrauch insgesamt — die Käufe deutscher Verbraucher im Ausland nicht enthalten sind, umgekehrt aber die Käufe ausländischer Verbraucher in Deutschland berücksichtigt werden.

Abbildung 4



quartal war ein Plus von 3½ % zu verzeichnen. Über das ganze Jahr gesehen expandierte diese Ausgabenkategorie aber langsamer als die Konsumausgaben insgesamt. Auch wenn die Präferenz der Verbraucher für Reisen weiter hoch ist, zwingen finanzielle Grenzen inzwischen offensichtlich zu Sparüberlegungen. Während 1997 noch 4½ % mehr für Auslandsreisen ausgegeben worden waren, sind es 1998 nur noch etwa 1½ % gewesen. Daß der Tourismus für sich genommen kein autonomer Wachstumsfaktor ist, sondern in besonderem Maße von der allgemeinen Einkommensentwicklung geprägt wird, belegt eine kürzlich veröffentlichte Studie des DIW.²

Hoch in der Gunst der Verbraucher steht nach wie vor das eigene Auto. Zwar haben auch hier finanzielle Restriktionen zeitweise zu einer Zurückhaltung bei den *Käufen von Personenkraftwagen* geführt, doch war dies nie von langer Dauer. Das vergangene Jahr war insgesamt von einer äußerst regen Pkw-Nachfrage geprägt (Abbildung 4). Bereinigt um den Mehrwertsteuereffekt sind die Neuzulassungen von Personenkraftwagen bis in den Herbst mit einer Rate von etwa 2 % gestiegen. Im Berichtszeitraum hat sich das Tempo dann auf 5 % beschleunigt; die hohe Zahl von gleichzeitig abgemeldeten Pkw läßt vermuten, daß die Ursache für diesen Nachfrageboom ein großer Ersatzbedarf war.³

Die lebhaften Pkw-Käufe prägten die Nachfrage im Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung*, wo es im letzten Jahresviertel 1998 zu einem realen Plus von 2½ % kam (Vorjahresvergleich +5 %). Zu dem positiven Ergebnis trug auch der reale Zuwachs bei der Nachrichtenübermittlung — hier vor allem bei den Dienstleistungen der Telekommunikation — bei; wegen der gesunkenen Preise gingen die Ausgaben trotz der höheren Inanspruchnahme etwas zurück. Das gleiche Phänomen — reales Plus, nominales Minus — war auch bei den Ausgaben für Kraftstoffe zu beobachten. Insgesamt gesehen glichen sich Preiserhöhungen und Preisrückgänge aus, so daß die Ausgaben im gleichen Tempo expandierten wie die reale Nachfrage.

Während die *Mieten* in realer Rechnung — wie schon in den Quartalen zuvor — um knapp 1 % zunahm, gab es bei den Ausgaben für *Haushaltsenergie* im Berichtsquartal einen doppelt so hohen Anstieg. Die Entwicklung wurde hier ganz wesentlich von den Heizölkäufen geprägt, die vor allem witterungsbedingt um rund 15 % zunahm. Wegen der stark gesunkenen Heizölpreise hatten die privaten Haushalte aber nur Mehraufwendungen von 6 %.

Die Nachfrage nach *Nahrungs- und Genußmitteln* — seit längerem eher verhalten — war zum Jahresende hin überraschend kräftig; in realer Betrachtung übertraf sie im letzten Jahresviertel das Niveau vom Vorquartal um 1½ %. Dies war der stärkste Anstieg in einem Quartal seit dem Frühjahr 1995. Während der Fachhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln nur mäßig abschnitt — hier stagnierten die realen Umsätze —, hatten Super- und Verbrauchermärkte spürbare Umsatzzuwächse zu verzeichnen. Trotz des guten Quartalergebnisses fällt die Jahresbilanz bei diesem Verwendungszweck nur unterdurchschnittlich aus; das reale Plus von 0,7 % blieb deutlich hinter der allgemeinen Verbrauchsentwicklung zurück.

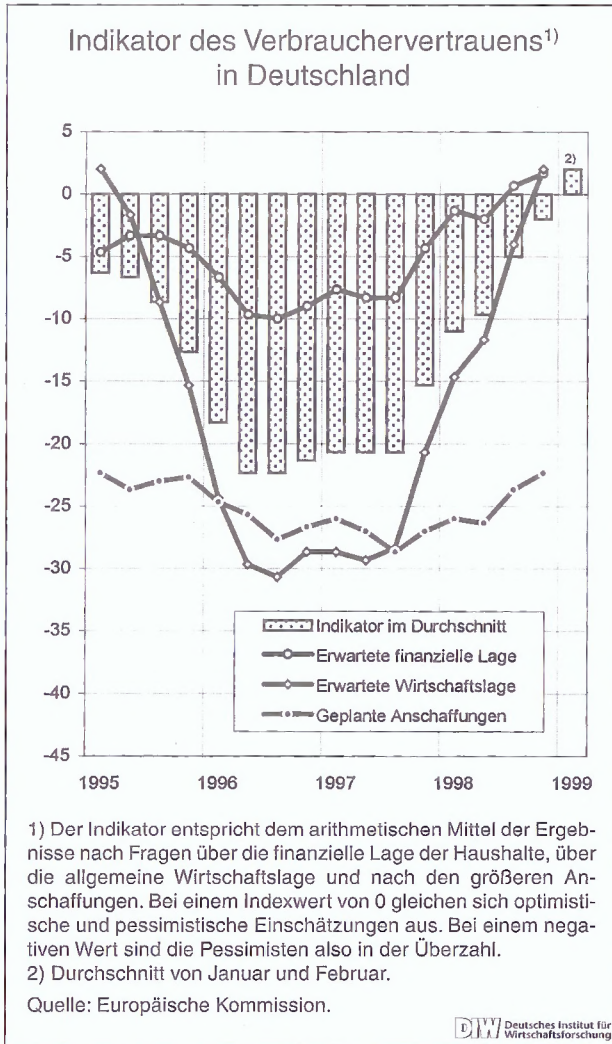
Die Nachfrage nach Gütern der *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* expandierte — gemessen am Ergebnis vom Vorquartal — um real knapp 1½ %. Hier setzte sich eine seit Jahresbeginn stabile Aufwärtsentwicklung fort. Im Jahreswert kommt dies klar zum Ausdruck (+3½ %). Besonders schwungvoll verlief die Nachfrage nach Gütern der Unterhaltungselektronik. Der Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten kam im Jahresendquartal auf ein reales Umsatzplus von 2½ %; mit der schon zuvor guten Absatzentwicklung errechnet sich für 1998 insgesamt ein beträchtlicher Anstieg (6 %).

Bei jenen Verwendungszwecken, die im Berichtszeitraum von der allgemeinen Konsumexpansion nicht profi-

² Zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in Deutschland. Bearb.: Renate Filip-Köhn, Rainer Hopf, Jutta Kloas. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/99.

³ Vgl. Exportrückgang drückt gesamtwirtschaftliche Produktion — Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland für das vierte Quartal 1998. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 7/99.

Abbildung 5



tierten, ist allen voran der Bereich *Kleidung und Schuhe* zu nennen; gegenüber dem dritten Jahresviertel gab es einen Nachfragerückgang von real gut 1½%. Innerhalb dieses Segments war der Absatz von Schuhen deutlich schlechter als der von Bekleidung. Schon seit langem ist hier eine Nachfrageschwäche zu beobachten. Während aber noch 1997 reale Nachfrageverluste hingenommen werden mußten, konnte 1998 immerhin das Vorjahresergebnis wieder erreicht werden.

Auch die Nachfrage nach Gütern der *Haushaltsführung* fiel im letzten Jahresviertel etwas schwächer aus als im Quartal zuvor. Im Vorjahresvergleich zeigt sich ein reales Plus von knapp 2%. Im Verwendungszweck *Körper- und Gesundheitspflege* kam es saisonbereinigt zu einem leichten Rückgang. Die zurückhaltendere Nachfrage muß allerdings im Zusammenhang mit den zu Beginn dieses Jahres wirksam gewordenen gesetzlichen Neuregelungen im Gesundheitsbereich gesehen werden. Offensichtlich sahen sich damals viele Patienten veranlaßt, auf die nun für sie günstigeren Regelungen zu warten und ge-

plante Behandlungen, etwa bei der zahnärztlichen Versorgung, aufzuschieben.

Ausblick

Mit dem Abflauen der Exportkonjunktur richten sich die Hoffnungen nun auf eine Stärkung der Binnennachfrage, wobei der private Verbrauch die größte Rolle spielt. Für eine bessere Entwicklung der Konsumnachfrage in diesem Jahr gibt es durchaus Gründe. So erhöht sich der finanzielle Spielraum der privaten Haushalte durch die Erhöhung von Kindergeld und Grundfreibetrag zu Jahresbeginn und durch die Senkung des Beitragssatzes bei der Rentenversicherung um 0,8 Prozentpunkte zum 1. April. Allerdings wird ein Großteil dieser einkommenserhöhenden Effekte durch die mit der Senkung der Rentenversicherungsbeiträge verknüpfte Einführung von Energiesteuern aufgezehrt. Dagegen verschaffen die diesjährigen Tarifabschlüsse den privaten Haushalten einen zusätzlichen Spielraum, der deutlich höher ausfallen wird als im vergangenen Jahr. Hinzu kommt, daß das insgesamt ruhige Preisklima die Kaufkraft nur wenig schwächt. Von der Beschäftigungsentwicklung werden dagegen kaum Impulse ausgehen; die Schwächen im Export schlagen schon jetzt auf den Arbeitsmarkt durch. Alles in allem dürften aber die expansiven Kräfte überwiegen und der private Verbrauch in diesem Jahr zu einer Stütze der Konjunktur in Deutschland werden.

Auch das bei den privaten Haushalten vorherrschende Stimmungsbild weist in diese Richtung (Abbildung 5). Der „Indikator des Verbrauchervertrauens“ lag zu Beginn dieses Jahres erstmals seit langer Zeit wieder im positiven Bereich, d. h. die optimistischen Meinungen hatten etwas die Oberhand. Sowohl die eigene finanzielle Lage als auch die allgemeine Wirtschaftslage wurden im Hinblick auf die Entwicklung in den nächsten 12 Monaten eher günstig gesehen. Allerdings hat sich dies bei den geplanten größeren Anschaffungen bisher kaum bemerkbar gemacht; hier ist noch immer eine starke Zurückhaltung zu beobachten, was von einer gewissen Unsicherheit im Hinblick auf die erwartete Entwicklung zeugt.

Die Stimmung im Einzelhandel ist gemischt. Dazu beigetragen hat der schlechte Start in das neue Jahr: Im Januar blieb der Umsatz des Einzelhandels (ohne Kraftfahrzeuge und Tankstellen) um 2½% sowohl hinter dem Vormonats- wie dem Vorjahresergebnis zurück.

Das Ergebnis für das erste Quartal wird auf keinen Fall richtungweisend für das gesamte Jahr sein, da es durch zwei Effekte überzeichnet wird. Zum einen stützen die zum 1. Januar wirksam gewordenen Einkommensverbesserungen (Kindergeld u. a.) den Verbrauch. Zum andern werden die privaten Haushalte versuchen, die steuerbedingte Anhebung der Energiepreise zum 1. April zu vermeiden und — soweit es möglich ist — Käufe vorzuziehen; dies wird hauptsächlich die Bevorratung mit Heizöl betreffen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995.(3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstößwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brückner, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brückner, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schreittl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Erfolgreiche Konsolidierung des amerikanischen Staatshaushalts — ein Beispiel für Europa?

Bearbeitet von Gustav A. Horn und Wolfgang Scheremet. —

Expansion der Gewinn- und Vermögenseinkommen stützt Konsumnachfrage. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Wachsmuthstr. 12, D-13467 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Einer Teilaufgabe liegt ein Prospekt des Physica-Verlages bei —

Beilage zum Wochenbericht des DIW Nr. 12/99 vom 25. März 1999

DEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten	Investitionsgüter- produzenten	Gebrauchsgüter- produzenten	Verbrauchsgüter- produzenten				
	Insgesamt		Inland		Ausland													
	in 1000				1995 = 100													
mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1997 J	4258		331		102,6		96,5		113,5		103,6		102,1		102,9		98,2	
F	4259	4259	332	329	103,6	103,4	98,0	97,5	113,9	114,1	106,1	105,4	101,1	101,6	103,2	103,2	100,4	99,2
M	4263		325		104,0		98,0		114,9		106,5		101,7		103,6		99,0	
A	4311		319		105,3		98,3		117,8		106,4		106,0		103,1		97,3	
M	4377	4367	320	321	104,9	105,5	98,6	98,5	116,4	118,0	106,9	107,4	104,5	105,0	103,1	103,7	96,5	96,9
J	4414		326		106,2		98,7		119,7		109,0		104,6		105,0		96,8	
J	4445		332		106,5		99,4		119,3		109,4		105,4		104,0		96,8	
A	4476	4472	339	338	107,4	107,6	99,1	99,4	122,3	122,3	109,1	109,5	108,6	108,2	103,1	104,1	96,1	96,5
S	4497		345		108,8		99,6		125,2		110,1		110,5		105,1		96,5	
O	4505		352		109,2		100,8		124,2		111,3		110,2		104,1		97,2	
N	4492	4493	364	363	109,6	109,6	101,8	101,3	123,5	124,4	112,4	111,7	109,8	110,6	103,7	104,3	98,0	97,8
D	4483		374		109,9		101,2		125,6		111,5		111,7		105,0		98,3	
1998 J	4422		378		110,8		103,8		123,4		111,8		113,6		107,1		96,3	
F	4411	4416	388	390	111,4	111,1	104,0	103,8	124,6	124,3	111,5	111,7	115,1	114,4	108,6	107,8	96,8	96,4
M	4415		405		111,2		103,6		124,9		111,8		114,6		107,8		96,0	
A	4385		423		110,7		103,3		124,1		112,0		112,0		109,8		97,5	
M	4323	4328	438	432	111,4	110,8	103,7	103,0	125,3	124,7	111,8	111,2	114,7	113,5	108,3	108,2	97,6	98,1
J	4276		439		110,2		102,0		124,8		109,9		113,9		106,6		99,2	
J	4233		441		110,4		103,4		123,2		109,5		114,2		110,0		98,6	
A	4197	4194	446	442	109,2	109,7	103,1	103,3	120,2	121,4	109,4	109,4	111,3	112,9	108,5	109,4	98,7	97,1
S	4153		441		109,6		103,3		120,9		109,3		113,1		109,8		94,0	
O	4111		437		107,6		101,2		119,1		107,0		110,7		109,4		93,6	
N	4112	4118	430	430	107,4	107,4	100,7	100,4	119,6	119,9	106,8	107,0	109,6	109,8	111,6	110,5	94,0	93,3
D	4132		425		107,1		99,4		120,9		107,1		109,0		110,6		92,2	
1999 J	4068		439		106,6		99,6		119,3		108,2		106,4		108,3		94,3	
F	4054		446															
M																		
A																		
M																		
J																		
J																		
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. Die Arbeitstagefaktoren wurden aktualisiert.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.

	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten		Bauhauptgewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1997 J	6481		101,3		103,3		100,4		100,3		87,4		100,7		68,6		60,0	
F	6466	6465	102,3	102,0	103,3	103,1	98,3	98,3	100,9	100,8	95,8	92,4	98,5	99,1	70,7	212,2	62,5	185,7
M	6448		102,5		102,7		96,1		101,3		94,0		98,1		72,8		63,2	
A	6435		103,1		105,1		101,9		98,4		91,9		99,8		69,5		60,1	
M	6420	6421	102,6	103,6	104,2	105,7	96,4	100,0	99,6	99,2	88,1	90,0	98,9	99,7	74,0	217,9	66,0	189,5
J	6411		105,0		107,8		101,8		99,6		89,9		100,3		74,5		63,4	
J	6401		105,5		108,0		102,9		100,3		89,6		98,6		74,4		65,3	
A	6393	6394	104,2	105,0	106,5	107,6	97,1	100,1	100,0	100,1	87,8	88,8	97,0	98,2	75,7	228,2	66,1	197,7
S	6389		105,2		108,2		100,3		99,9		88,9		99,1		78,1		66,3	
O	6388		106,3		108,9		99,6		100,4		89,3		100,1		76,2		67,2	
N	6385	6385	106,8	106,8	109,3	109,2	101,7	100,9	100,3	100,4	89,5	88,9	97,1	98,8	78,0	233,3	68,3	201,8
D	6382		107,2		109,4		101,4		100,4		87,8		99,3		79,0		66,3	
1998 J	6397		108,6		110,9		101,4		101,0		96,3		99,0		79,4		69,5	
F	6393	6395	109,2	109,4	113,3	113,7	105,3	105,1	99,3	99,7	89,9	91,6	99,2	99,6	79,6	237,4	68,2	205,1
M	6398		110,3		116,9		108,6		98,9		88,6		100,7		78,4		67,3	
A	6402		109,9		113,8		103,5		102,1		85,6		99,0		83,7		72,7	
M	6403	6403	111,0	110,0	116,1	114,3	109,0	105,7	100,5	101,0	88,1	86,7	99,5	98,9	79,2	243,2	66,1	209,3
J	6405		109,2		112,9		104,5		100,4		86,3		98,3		80,3		70,4	
J	6412		110,3		115,9		105,8		100,3		86,6		100,7		80,2		68,6	
A	6415	6412	110,7	110,3	116,3	115,9	108,5	107,6	99,7	99,8	87,1	86,3	99,8	100,1	78,7	235,3	68,3	203,9
S	6412		110,0		115,4		108,5		99,3		85,3		99,9		76,4		67,0	
O	6407		110,4		117,6		111,3		98,6		84,5		98,7		78,3		66,8	
N	6403	6403	109,4	109,5	116,6	117,2	106,8	108,3	98,9	98,8	83,6	83,4	100,4	99,6	78,3	231,9	65,6	200,4
D	6402		108,8		117,5		106,8		98,8		82,1		99,8		75,2		68,0	
1999 J													97,6		77,0		64,0	
F																		
M																		
A																		
M																		
J																		
J																		
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. Die Arbeitstagefaktoren wurden aktualisiert.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten	Investitionsgüter- produzenten	Gebrauchsgüter- produzenten	Verbrauchsgüter- produzenten				
	Insgesamt		Inland		Ausland													
	in 1000				1995 = 100													
mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1997 J	4258		331		102,6		96,4		113,5		103,5		102,1		103,0		98,0	
F	4260	4260	332	329	103,6	103,3	98,0	97,4	113,8	114,0	106,0	105,3	101,2	101,6	103,2	103,2	100,3	99,1
M	4264		325		103,8		97,9		114,6		106,4		101,6		103,4		99,1	
A	4310		319		105,3		98,5		117,6		106,4		105,9		103,3		97,9	
M	4376	4366	320	321	105,0	105,5	98,6	98,6	116,5	117,9	106,9	107,4	104,5	105,0	103,2	103,8	96,9	97,3
J	4413		325		106,1		98,7		119,6		108,9		104,7		104,9		97,0	
J	4445		331		106,5		99,3		119,5		109,4		105,4		104,0		96,5	
A	4477	4473	339	338	107,6	107,6	99,2	99,4	122,6	122,5	109,3	109,6	108,8	108,2	103,2	104,1	95,8	96,2
S	4498		345		108,8		99,6		125,3		110,2		110,5		105,2		96,3	
O	4506		353		109,3		101,1		124,2		111,5		110,3		104,3		97,2	
N	4492	4493	365	364	109,6	109,7	101,7	101,4	123,8	124,6	112,4	111,9	110,0	110,7	103,6	104,3	97,8	97,7
D	4482		376		110,1		101,5		125,7		111,8		111,8		105,0		98,0	
1998 J	4429		380		110,9		103,6		124,1		112,2		113,6		106,5		95,9	
F	4419	4420	391	391	111,3	111,2	103,8	103,7	124,7	124,8	112,0	112,0	114,3	114,3	108,2	107,8	96,4	96,0
M	4413		405		111,5		103,8		125,5		111,9		115,1		108,7		95,6	
A	4375		420		110,6		103,0		124,5		111,9		112,3		109,4		96,0	
M	4320	4323	435	430	111,2	110,7	103,6	103,0	125,1	124,9	111,7	111,3	114,6	113,6	108,5	108,3	96,4	96,9
J	4275		437		110,4		102,3		125,1		110,3		114,0		107,1		98,2	
J	4233		440		110,7		103,6		123,6		109,8		114,6		110,0		98,5	
A	4199	4195	445	442	109,4	110,0	103,2	103,5	120,6	121,7	109,5	109,6	111,6	113,2	109,0	109,6	98,6	97,2
S	4155		442		109,8		103,6		121,0		109,6		113,3		109,7		94,4	
O	4111		438		107,7		100,7		120,3		107,0		111,1		109,5		93,1	
N	4112	4118	431	431	107,7	107,5	100,8	100,3	120,0	120,6	107,0	107,1	110,2	110,2	112,1	110,7	93,2	92,7
D	4131		426		107,2		99,3		121,4		107,3		109,2		110,6		91,8	
1999 J	4076		442		106,8		99,5		120,1		108,3		106,7		109,4		94,1	
F	4068	4069	450	448	106,7	106,2	98,2	98,3	122,0	120,3	106,8	107,7	108,7	106,3	109,5	108,6	91,6	91,8
M	4064		453		105,0		97,3		118,8		108,0		103,4		106,9		89,8	
A	4075		454															
M																		
J																		
J																		
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten		Bauhauptgewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1997 J	6481		101,6		103,1		102,5		100,8		87,4		101,0		68,6		60,0	
F	6466	6464	102,6	102,3	103,1	102,9	100,5	100,4	101,4	101,3	95,7	92,3	98,9	99,4	70,8	212,2	62,5	185,7
M	6448		102,8		102,5		98,3		101,8		93,9		98,3		72,8		63,2	
A	6434		103,5		104,6		103,8		99,6		91,8		100,1		69,4		60,1	
M	6419	6421	103,0	104,0	103,6	105,1	98,2	101,9	100,8	100,4	88,0	89,9	99,3	100,0	74,0	217,7	65,9	189,3
J	6411		105,4		107,1		103,8		100,8		89,9		100,7		74,4		63,3	
J	6401		105,9		106,8		105,0		101,0		89,8		99,0		74,4		65,3	
A	6393	6394	104,6	105,4	105,4	106,4	99,4	102,4	100,8	100,9	88,0	89,0	97,6	98,8	75,7	228,3	66,1	197,7
S	6389		105,7		107,0		102,7		100,9		89,3		99,8		78,2		66,4	
O	6389		106,8		107,7		101,5		101,8		89,7		100,8		76,3		67,3	
N	6387	6387	107,4	107,3	108,1	108,0	103,9	103,0	101,8	101,9	90,1	89,5	97,7	99,3	78,1	233,8	68,4	202,2
D	6385		107,8		108,1		103,7		102,0		88,7		99,3		79,4		66,5	
1998 J	6394		108,4		109,6		103,9		101,7		92,8		99,5		79,6		69,8	
F	6392	6394	109,3	109,4	111,9	112,3	107,1	106,9	100,3	100,7	89,9	90,3	99,5	99,7	79,4	237,5	68,1	205,2
M	6398		110,4		115,3		109,7		100,1		88,2		100,0		78,5		67,3	
A	6401		109,9		112,6		105,7		102,4		85,7		99,0		83,2		72,2	
M	6403	6402	110,9	110,0	114,7	113,0	110,8	107,7	101,0	101,5	88,1	86,8	99,5	98,9	79,1	242,5	66,3	208,8
J	6405		109,2		111,6		106,5		101,0		86,5		98,3		80,1		70,3	
J	6412		110,0		114,3		107,6		101,2		86,8		100,6		80,2		68,5	
A	6415	6413	110,6	110,1	114,8	114,2	110,8	109,6	100,8	100,8	87,4	86,7	100,1	100,2	78,9	235,5	68,2	203,9
S	6413		109,8		113,6		110,5		100,5		85,9		99,8		76,5		67,1	
O	6409		109,9		115,0		112,9		99,7		85,3		98,6		78,4		66,9	
N	6406	6406	108,8	109,0	113,4	114,1	108,2	109,8	100,2	100,1	84,9	84,6	101,7	100,9	78,4	232,5	65,7	201,1
D	6405		108,2		113,8		108,2		100,4		83,6		102,3		75,6		68,5	
1999 J	6421		109,1		111,4		107,7		102,6		91,3		99,9		77,4		64,5	
F	6413		107,6	107,7	109,2	109,0	107,6	107,9	103,1	102,8	84,6	87,7	101,2	102,1	78,4	232,9	67,1	198,3
M			106,4		106,3		108,3		102,8		87,3		105,3		77,1		66,7	
A																		
M																		
J																		
J																		
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.